

Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma?

Eine Klärung dessen, was mit dem „green new deal“ gemeint ist, tut not. Denn grünes Wachstum wollen die Grünen, die OECD, viele kritische Wissenschaftler, auch die Roten sind nicht abgeneigt. Unternehmen geben sich ein grünes Image, auch wenn sie Dreckschleudern betreiben. Was aber steckt hinter dem Konzept des grünen New Deal? Die Frage wird zu beantworten versucht, indem zunächst dargelegt wird, worin das Wachstumsdilemma besteht. Danach werden einige Kernpunkte des Konzepts eines Green New Deals diskutiert: die frühbürgerliche Vorstellung eines globalen Gesellschaftsvertrags zur Bewahrung der Natur, die eher technokratischen Rezepturen für „grünes Wachstum“, die Ideen, man könne mit Konsumverzicht die „Grenzen des Wachstums“ auch wachsen lassen und so die Welt ergrünen, die neoliberale Auflösung der Probleme, indem die Subsumtion unter das Kapital ins Absurde getrieben wird. Dann wird nämlich klar, dass eine grüne Entwicklung nur Freiraum findet, wenn sie sich aus den Zwängen der Kapitalakkumulation emanzipiert in Richtung einer solaren und solidarischen, „ökologisch-sozialistischen“ Gesellschaft.

Was ist das Wachstumsdilemma?

Gesellschaftliche Entwicklung wird als wirtschaftliches Wachstum gemessen, und der Fortschritt der Entwicklung erscheint umso beeindruckender, je höher die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Das ist der moderne Ausdruck der „Entbettung“ der Marktwirtschaft aus der Gesellschaft, deren Ursprung der Historiker Karl Polanyi im 18. Jahrhundert in England verortet (Polanyi 1979). Im Verlauf der „Great Transformation“ verselbständigt sich der Markt nicht nur gegenüber der Gesellschaft, sondern tritt ihr seitdem als „Sachzwang“ entgegen. Dieser hat heute die Gestalt des Wachstumszwangs. Ohne Wachstum, so jedenfalls die tausendstimmige Botschaft in wissenschaftlichen Publikationen, Medien, Politikerreden keine gesellschaftliche Stabilität und vor allem kein wirtschaftlicher Fortschritt. Das ist der Humus, auf dem ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ sprießen kann.

Unter kapitalistischen Bedingungen nehmen ökonomisches Wachstum und gesellschaftliche Entwicklung die Form der Akkumulation von Kapital an. Die Kapitalakkumulation verlangt Mehrwertproduktion, eine positive Profitrate, gleichgültig wie diese benannt und gemessen wird, als Rendite oder Shareholder value, als Gewinn oder Kapitalertrag. Stimmen die Renditen nicht, weil der akkumulierte Zuwachs zu gering ist, werden

Investitionen unterlassen und Arbeitsplätze gehen verloren. Womit wird der Zuwachs des Kapitals verglichen? Mit den Renditevorgaben auf globalen Finanzmärkten, wo mit Finanzinnovationen die Renditen des Kapitals in die Sterne spekuliert werden – bis zum Crash. Wachstumsbeschleunigung ist daher, ob dies explizit formuliert wird oder nicht, Profitsteigerung und umgekehrt ist daher der Rückgang der Wachstumsrate die alarmierende Erscheinungsform einer sinkenden Profitrate. Die zentrale Bedeutung der Kapitalakkumulation wird in der gängigen Wachstumsdebatte zumeist verdrängt und vergessen.

Doch es gibt, jeder und jede weiß es, die andere Seite: Bei „beschleunigtem“ Wachstum werden die begrenzten Ökosysteme des Planeten Erde übernutzt – im schlimmsten vorstellbaren Fall bis zum Kollaps der planetaren Natur, bis „zum Ruin des Menschen“, wie der bereits erwähnte Karl Polanyi Mitte des vergangenen Jahrhunderts mahnte (Polanyi 1979, 130). Denn Wachstum ist nur möglich, wenn mineralische und agrarische, endliche und erneuerbare Ressourcen aus der Natur entnommen werden, um sie in jene Produkte zu transformieren, die die stofflichen Träger von Wert und Mehrwert sind, die also die Kapitalakkumulation am Laufen halten. Dass die Menschen einen Teil dieser Güter zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben wollen, ist eher Nebeneffekt als Hauptsache. Doch keineswegs nebensächlich sind die Abfälle und andere Schadstoffemissionen, die in den Sphären der Erde abgelagert werden: vom Atommüll, für den es nirgendwo auf Erden ein sicheres Endlager gibt, bis zu den Treibhausgasen, die die Atmosphäre aufheizen.

Das Wachstumsdilemma entsteht, weil die Gesetze der Akkumulation von Kapital und die Gesetze des nachhaltigen Umgangs mit der Natur nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Das ist ein klassischer Fall des „double bind“: man kann nicht zugleich zwei Herren dienen, dem Kapital und der Natur. Es kommt unweigerlich die ökologische Gretchenfrage auf: „Ist Kapitalismus ohne Akkumulation überlebensfähig?“ (Zinn 2008, 26) Und umgekehrt: Kann die Natur unbegrenzte Kapitalakkumulation, kann sie die gesetzlich verordnete Wachstumsbeschleunigung ertragen? Sind Nullwachstum oder De-growth eine realistische Option, wenn die Akkumulation von Kapital treibendes Motiv einzelwirtschaftlichen Handelns, wenn die Verwertung von Kapital stabilisierender Faktor gesamtgesellschaftlicher Funktionsbedingungen, das Wachstum der Wirtschaft ein nicht in Frage gestelltes Ziel der Wirtschaftspolitik bleiben?

Wachstum, Entwicklung und Akkumulation

Bis zur industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war ein „Fast-Nullwachstum“ Normalzustand der real existierenden Gesellschaften, wie auch immer sie geordnet waren. Daher gab es auch keinen Wachstumsdiskurs, keinen Innovationswettbewerb, und Standortwettbewerb

war ebenso wie „Globalisierung“ ein Fremdwort. Erst seit dem späten 18. Jahrhundert – mit der „hardware“ der Produktionsmethoden der modernen Industriegesellschaft, mit der Kraft der fossilen Energieträger zusammen mit der formspezifischen „software“ Geld, Markt und Kapitalverhältnis – steigt für die nächsten zwei Jahrhunderte das Pro-Kopf-Einkommen in der Welt jahresdurchschnittlich um 2,21 Prozent (Maddison 2001). Das ist etwa eine Verdoppelung des realen Prokopf-Einkommens von einer Generation zur nächsten. So etwas hat es während der ganzen Menschheitsgeschichte zuvor nicht gegeben. Dies muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen, um den revolutionären Charakter dieser „Great Transformation“ zu verstehen, den im übrigen Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 präzise in seiner Widersprüchlichkeit beschreiben.

Die Wachstumsrate ist ein simpler quantitativer, zum internationalen Vergleich und zur Bewertung der Qualität von „governance“ bestens geeigneter Ausdruck eines komplexen sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungsprozesses, in dem es um Aneignung und Ausbeutung, um wirtschaftliche Expansion, um Herrschaft, Hegemonie, um Macht, kurz: um die Akkumulation von Kapital geht. Das Wachstum der Wirtschaft kann als Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts gemessen werden.

Die ökonomische, soziale, politische, kulturelle Entwicklung hingegen kann nicht mit einem so simplen Indikator wie der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts dargestellt werden, weil es sich um einen vielschichtigen Prozess der Akkumulation von Kapital handelt. Denn diese bestimmt die Handlungslogik der Agenten von Wachstum und Entwicklung, und daher muss diese ins Blickfeld genommen werden. Auch Entwicklung hat viele qualitative Dimensionen, die nicht ohne Willkür zu quantifizieren sind. Um qualitative Indikatoren der Entwicklung bemühen sich inzwischen statistische Ämter, Kommissionen von Nobelpreisträgern sollen geeignete Glücksindikatoren finden, Parlamentskommissionen lassen die Köpfe rauchen, um mit qualitativen Indikatoren der Wirtschaftspolitik komplexe Zielvorgaben machen zu können. Das Wachstum anzukurbeln reicht nicht mehr, es muss zumindest qualitatives, nachhaltiges, ökologieverträgliches Wachstum sein. Die sich aus dem Wachstumsdilemma ergebende Frage, ob aus einem „nachhaltigen“ Zuwachs eine auf globalen Finanzmärkten nach oben konkurrierte Rendite finanziert werden kann, wird der Vorsicht halber ausgeklammert.

Gleichgültig, ob Wachstum, Entwicklung oder Kapitalakkumulation – ohne Naturverbrauch ist weder das eine noch das andere möglich, auch wenn „postmoderne“ Theoretiker eine dematerialisierte virtuelle Ökonomie ausdenken. Alle Daten über den Naturverbrauch beweisen, dass dies „bullshit“ (Frankfurt 2005) ist. Daher wundert es nicht, wenn moderne Naturwissenschaftler „planetary boundaries“ (Rockström et al. 2009) und sogar eine Argumentationsfigur des Hegelschen Idealismus ebenso wie des

Marxschen „historischen Materialismus“ wiederentdecken: Im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung vollziehen sich quantitative Veränderungen, die in qualitativ Neues, nicht immer Besseres, umschlagen können, wenn eine Schwelle überschritten wird. An den sogenannten „tipping points“ – an den „Kippunkten“ – können sich die Bedingungen des Lebens auf Erden radikal verändern und der Evolution eine neue Richtung geben (vgl. Lanius 2010). Gleichzeitig verweist die Kant'sche Mahnung darauf, dass die Menschen sich „nebeneinander dulden“ müssen und das Regelwerk, mit dem dies ermöglicht wird, untereinander aushandeln und vereinbaren: das geschieht in Gestalt eines „new deal“, der das Attribut „green“ bekommt, weil es um einen globalen Gesellschaftsvertrag zum Schutz der Natur gehen soll. Der Ausweg aus dem Wachstumsdilemma wird also „ausge-dealt“.

Wachstum der Grenzen durch schöpferische Zerstörung

Viele Kippunkte befinden sich in Sichtweite, wenn man nur genau hinschaut. Wenn die Permafrostböden Sibiriens infolge des Temperaturanstiegs auftauen und dann klimaschädliches Methan freigesetzt wird, verstärkt sich der Treibhauseffekt. Eine positive Rückkopplung. Oder der Bestand einer Tierart wird so dezimiert, dass die Reproduktion nicht mehr gewährleistet ist und sie aus dem Buch des Lebens gestrichen wird. Das Artensterben kann die Richtung der Evolution verändern und es ist nicht ausgemacht, wohin. Oder das billige und reichhaltig verfügbare „konventionelle“ Öl geht nach „Peakoil“ zur Neige. Bei steigender Nachfrage nach Öl und bei einem gleichzeitig knapper werdenden Angebot steigen die Preise und die Regierenden vieler Länder werden energiepolitisch auf die noch reichhaltig verfügbare Kohle zurückgreifen, deren Verbrennung aber den Treibhauseffekt ungleich mehr verstärkt als die Verbrennung von Erdöl oder Gas. Auch wird das knappe konventionelle Öl durch nicht-konventionelles Öl, durch Ölsand, Ölschiefer, Teer oder Öl aus der Tiefsee und dem Polarmeer ersetzt. Bei dessen Förderung wird die Zerstörung von Naturräumen in Kauf genommen und bei der Verbrennung werden ungleich mehr Schadstoffe emittiert als bei der Verbrennung konventionellen Öls. Fortschritt gibt es in der Sackgasse, der „tipping point“ des fossilen Energieregimes wird erreicht.

Nur müssen wir wissen, dass es viele „tipping points“ sind, die allesamt das System in die gleiche Richtung kippen. Der Blow-out auf der Ölplattform „Deepwater horizon“ im Golf von Mexico und die Kernschmelze von Fukushima haben dramatisch verdeutlicht, dass die Kombination von fossilem und nuklearem Energieregime am Ende ist. Auch die soziale Akzeptanz der Kernenergie ist gekippt, nachdem sie noch vor wenigen Jahrzehnten als unerschöpfliche Energiequelle der Zukunft galt. Dass die Risiken der laufenden Produktion des Atomstroms nicht beherrschbar sind

und dass die Endlagerung des Atommülls noch immer ungeklärt ist, hat zur Folge, dass die Zahl derer, die die nukleare Alternative zum fossilen Energiemodell für katastrophal falsch halten, wächst.

Es steht daher ein energetischer Regimewechsel an: vom nuklear-fossilen Energieregime zu einem Regime erneuerbarer Energien. Was das heißt, hat Robert Jungk bereits 1977 erklärt: „Zur Debatte steht nicht nur die künftige Energieversorgung, sondern auch die der Herrschaft. Der Konflikt geht nicht nur um eine bestimmte Technik, sondern um alle Erscheinungsformen und Machteinflüsse der großindustriellen Technologie...“ (Jungk 1977, 147) Der Kipppunkt ist demnach kein Zeitpunkt, zu dem eine alte Technik gegen eine neue ausgetauscht wird, sondern eher ein „dialektischer Umschlag“ mit Auswirkungen auf das ökonomische, soziale und politische System insgesamt. In der realen Welt ist er auch kein Punkt auf der Zeitachse, sondern ein langwieriger und tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationsprozess (so sieht es auch der WBGU 2011), der an den verschiedenen Orten der Welt ungleichzeitig, ungleichmäßig und unterschiedlich, allerdings auch unweigerlich abläuft. Und um dem die gewünschte Richtung zu geben, wird der Green New Deal in Stellung gebracht.

Gibt es auch „Tipping points“ des wirtschaftlichen Wachstums? Die ökonomische Theorie und wirtschaftspolitische Diskurse sind da eher ignorant. Die Wirtschaft entwickelt sich zwar zyklisch, über die einzelnen Zyklen hinweg aber ist sie expansiv, über kurze, mittelfristige und lange „Wellen der Konjunktur“ hinweg. Die Krisen sind keine Bruchstellen, danach geht es immer wieder aufwärts. Damit diese Ordnung der Verhältnisse so bleibt, gibt es das Regelwerk des Staatsinterventionismus, das vom Neoliberalismus stillgelegt worden ist und nun wieder von neokeynesianisch inspirierten Politikern in Gang gesetzt werden muss. „Die Ressourcen“, so schreibt Albrecht Müller in einer wütenden Kritik der Wachstumskritiker (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=91699>), „mögen endlich sein, das Wachstum nicht“.

Dann kann wohl auch die Ölproduktion wachsen, obwohl selbst konservative Ölleute Peakoil erreicht sehen. Albrecht Müller müsste der US-amerikanischen Schriftstellerin Annie Proulx vorwerfen, nicht genau hingeschaut zu haben, als sie in ihrem Roman „Mitten in Amerika“ beschrieben hat, was auf dem „platten Land“ an der Grenze zwischen Texas und Oklahoma passieren kann, wenn das Öl ausgeht: Zuerst „... wurde auf seiner südlichen Weide Öl gefunden, und das Geld kam rein wie mit dem Feuerwehrschauch... Dann begann das Öl zu versiegen und das Geld auch...“ (Proulx 2003, 147) Und das schöne Leben mit den sprudelnden Öldollars war zu Ende. Das Wachstum war also entgegen Müllers Glaubenssatz genauso endlich wie das Öl.

Doch Texaner sind erfinderisch. An den Grenzen des Wachstums lassen sie die Grenzen wachsen. In dem Panhandle-Gebiet zwischen Texas und

Oklahoma, wo das kleine Peak Oil geschah und das Öl ausging, weil „die Ressourcen endlich“ waren, gab es noch Alternativen des Wachstums, nämlich die Massentierhaltung. Der gigantische Zyklus von Millionen Schweinen aber verbreitete, wie Annie Proulx beschreibt, einen solch bestialischen Gestank, dass die Menschen das Weite suchten und dann ging es auch mit der Wirtschaft bergab. Solche Erfahrungen hindern Ralf Fücks nicht daran, an den heutigen Grenzen des Wachstums einen „gigantischen Wachstumszyklus (auszumachen), der sich noch über die nächsten Jahrzehnte erstrecken wird“ (Fücks 2011, 4). Grenzen dieses „gigantischen“ Wachstums gibt es nicht.

Die Begründung liefert Peter Sloterdijk in der gleichen Publikation der Heinrich Böll-Stiftung. Dieser hält eine „monadologische Deutung“ der Erde für unangemessen; die Erde sei möglicherweise kein Solitär. „Wir wissen noch nicht, welche Entwicklungen möglich werden, wenn Geosphäre und Biosphäre durch eine intelligente Technosphäre und Noosphäre weiterentwickelt werden. Es ist nicht a priori ausgeschlossen, dass hierdurch Effekte auftreten, die einer Multiplikation der Erde gleichkommen.“ (Sloterdijk 2011,16) Aus diesem Denkansatz ist freilich die Soziosphäre auf Erden ausgeklammert, und daher befinden sich kapitalistische Handlungszwänge und Denkmuster jenseits der philosophischen Wahrnehmung. *Docta ignorantia*. Unter kapitalistischen Bedingungen denken nicht nur, sondern handeln die Akteure so, als ob ihnen mindestens fünf Erdkugeln zur Verfügung stünden. Aber ob Sloterdijks Mutmaßung berechtigt ist, dass vielleicht eine „Multiplikation der Erde“ gelingen könnte, sollte besser nicht praktisch ausprobiert werden. Schon das Vorsorgeprinzip, das ja in der Rio-Deklaration von 1992 festgehalten ist, spricht dagegen.

Die Denkfigur des Wachstums der Grenzen kann man nicht nur bei modernen Grünen und Philosophen auf halsbrecherischer Fahrt, sondern auch bei Joseph A. Schumpeter finden. Mikroökonomisch wird bei Investitionen mit einem unterstellten positiven Zinssatz oder entsprechender Rendite, also mit einer geometrischen Zunahme des investierten Kapitals kalkuliert. Ein „tipping point“ wäre hier gleichbedeutend mit der Pleite. Nicht schlimm, denn die kann mit Joseph A. Schumpeter als „schöpferische Zerstörung“ interpretiert werden, wobei das Schöpferische vor allem darin erblickt wird, dass es mit neuer Kraft und gesteigerter Dynamik vorwärts und aufwärts geht, gerade weil das hinderliche Alte zerstört worden ist. Immanent ökonomische Grenzen des Wachstums gibt es in dieser Weltsicht des 20. Jahrhunderts nicht; und wenn sie sich dennoch geltend machen, können „die Grenzen wachsen“ – durch eben das Schöpferische im Akt der Zerstörung.

Schon verlieren Wachstumsgrenzen ihren Schrecken, weil aus der Zerstörung des Alten eine Schöpfung des Neuen erwächst. Die Wirtschafts-

struktur, so führt Schumpeter aus, wird „unaufhörlich... von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue (geschaffen).“ Und er fügt die Schlussfolgerung an: „Dieser Prozeß der ‘schöpferischen Zerstörung’ ist das für den Kapitalismus wesentliche Faktum. Darin besteht der Kapitalismus und darin muß auch jedes kapitalistische Gebilde leben.“ (Schumpeter 1950, 137ff.) Ob so aber das Wachstumsdilemma neutralisiert werden kann, darf bezweifelt werden. Denn die planetarischen Ressourcen und Schadstoffsenken sind nicht so gigantisch wie der „gigantische Wachstumszyklus“.

Eine moderne Wendung geben Michael Müller und Rainer Land dem Schumpeterschen Ansatz (Müller/ Land 2011). Im modernen Kapitalismus habe die Entwicklung ganz anders als in den Jahrhunderten zuvor das Wachstum hervorgebracht. Nun komme es darauf an, einen neuen Typus der Entwicklung zu erschaffen. „Kurz: Während das bisherige Wachstum die eigenen Voraussetzungen untergräbt, muss es um eine Entwicklung gehen, die auch langfristig möglich ist. Das ermöglicht die Idee der Nachhaltigkeit“ (Müller/ Land 2011, 7). Richtig an dieser Feststellung ist, dass Entwicklung ohne Wachstum möglich ist, dass dies sogar die Regel in der Menschheitsgeschichte bis zur industriell-fossilen Revolution gewesen ist (die zweieinhalb Jahrhunderte hohen Wachstums sind menschheitsgeschichtlich die Ausnahme), und dass man sich von der Idee ökologischen Gestaltens verabschieden müsste, wäre diese Möglichkeit des „nachhaltigen Wirtschaftens“ ausgeschlossen. Richtig ist aber auch, dass gute Ideen nicht umgesetzt werden, weil sie gut sind, sondern weil um ihre Realisierung theoretisch und praktisch diskursive Auseinandersetzungen geführt werden und um sie gekämpft werden muss.

Denn eines ist klar: Kippunkte sind nicht das Ende der Geschichte. Nachhaltigkeit ist machbar, die sozialökologische Umgestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ist möglich. Der Green New Deal hat einen Anlass, das Wachstumsdilemma nämlich, er hat auch seine Berechtigung, da ja „die Grenzen wachsen“ können. Der grüne New Deal ist in aller Munde, weil damit ein Konzept gefunden zu sein scheint, um mit der ökonomischen und ökologischen Krise auf einen Streich fertig zu werden. Doch bleiben Fragen, auf die eine Antwort gefunden werden muss. Denn die Konzepte des Green New Deal sind höchst unterschiedlich, sowohl was den Ansatzpunkt anbelangt und die Radikalität des Eingriffs in ökonomische Mechanismen als auch die „reformerische Reichweite“. Manche Konzepte versuchen tatsächlich nur, auf die Wachstumsfrage eine Antwort zu geben und das Problem der Kapitalakkumulation und ihrer institutionellen Struktur auszuklammern. Andere Konzepte zielen genau darauf und sprengen daher den Rahmen eines mit dem System konformen Green New Deal.

Was ist eigentlich der „Green New Deal“?

Erstens die Vorstellung vom Gesellschaftsvertrag. Die Idee eines globalen, grünen Gesellschaftsvertrags, wie sie auch vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung (WBGU 2011) verfolgt wird, mutet zunächst merkwürdig und idealistisch an. Denn die Idee des Gesellschaftsvertrags entstand in frühbürgerlicher Zeit, im 15. und 16. Jahrhundert. Sie verschwand mit dem aufstrebenden Kapitalismus mehr und mehr aus der öffentlichen Debatte. Denn die harten Mechanismen der Vergesellschaftung durch den Markt ersetzten den Gesellschaftsvertrag. Das hebt ja gerade Karl Polanyi (1979) mit seiner treffsicheren Pointe von der Entbettung des Marktes aus der Gesellschaft und von der quasi subjektlosen Sachzwanghaftigkeit der Vergesellschaftung durch den Markt hervor. Ist es dann noch statthaft, auf der einen Seite das Konzept der Great Transformation von Polanyi explizit zu übernehmen, auf der anderen Seite aber die von Polanyi dargelegte Implikation der marktvermittelten und nicht mehr gesellschaftsvertraglichen Vergesellschaftung unbeachtet zu lassen? Würde der WBGU und würden die vielen anderen, die in die gleiche Richtung argumentieren, konsequent sein, müssten sie mit dem Eintreten für den globalen, „grünen“ Gesellschaftsvertrag alles daran setzen, mit dem Marktmechanismus Schluss zu machen, um der Kapitalakkumulation eine „grüne“ Richtung zu geben. Ist das innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation gestaltbar? Das Wagnis der Radikalität der Schlussfolgerungen wird jedoch vermieden durch – Inkonsequenz des theoretischen Ansatzes und des politischen Konzepts.

Das ist auch, und damit sind wir beim *zweiten* Aspekt des Green New Deal, bei den Hoffnungen auf „grünes Wachstum“ (OECD 2011) nicht anders. Natürlich gibt es viele Möglichkeiten ökologisch sinnvoller Investitionen. Das zeigt der Report der OECD, anhand vieler Beispiele. Ökologische Modernisierung ist ein Konzept, hinter dem sich die breitesten Koalitionen aller Couleure sammeln können. Doch auch grüne Investitionen stehen immer unter dem Profitabilitätsvorbehalt. Sie müssen „sich rechnen“ und zwar im Vergleich zu alternativen, nicht-grünen Anlagemöglichkeiten, die ja in neoliberalen Zeiten infolge der Liberalisierung der globalen Finanzmärkte mit hohen Renditen überall in der Welt den Anlegern Lockrufe senden.

Die staatlichen Konjunkturpakete, die zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelegt wurden, enthalten nur wenige grüne Elemente, am meisten noch in Ländern Südkorea und China. In Deutschland wurden wenige Milliarden im Rahmen des Konjunkturpakets II in grüne Bereiche gelenkt. Viele Milliarden aber stützten die Nachfrage nach neuen Kraftfahrzeugen, senkten die Einkommenssteuer und kurbelten somit den Konsum der Mittel- und Oberschichten an, und ob der grünen Kriterien entspricht, darf bezweifelt werden.

Auch der Wechsel des Energiesystems verlangt hohe Investitionen. Eine Million Elektroautos, wie von der Deutschen Bundesregierung Mitte Mai 2011 beschlossen, werden mit öffentlichen Mitteln von 1 Mrd € subventioniert. Das ist die öffentliche Anschubfinanzierung eines Projekts, dessen ökologischer und sozialer Sinn zweifelhaft ist. Wenn dann später die grüne Infrastruktur steht, können die Investitionen und mit ihnen die Wachstumsraten abgesenkt werden. Das klingt logisch, machbar und daher überzeugend, so dass sich um dieses Projekt viele Unterstützerinnen und Unterstützer sammeln. Hinzu kommt der Vorzug, dass es niemandem weh tut, weil alle zu gewinnen scheinen. Der Green New Deal ist das konservative Versprechen, die Produktions- und Lebensweise nicht ändern und Verteilungsfragen nicht aufwerfen zu müssen, wenn die Energiewende an einem „tipping point“ thematisiert wird. Großprojekte wie Desertec, von grünen Newdealern unterstützt, erlaubt die Fortsetzung der in der Infrastruktur der Stromversorgung materialisierten Machtpositionen der großen Energieversorgungsunternehmen aus den fossilen und nuklearen Zeiten.

Die Investitionen in einen Green New Deal, in die Wende zur ökologischen Zukunft sind tatsächlich enorm. Sie werden weltweit auf einige tausend Millionen US\$ geschätzt. Kein Wunder, dass dieses neue, politisch durch grüne Parteien und grün markierte Politiker anderer Parteien geöffnete Feld der lukrativen Kapitalanlage auch auf Interesse bei Banken, Unternehmen und deren Klientel stößt (vgl. die Präsentation von Kapoor auf der Homepage des grünen Europaparlaments-Mitglieds Sven Giegold: <http://www.cleantalking.de/green-new-deal/189/>). Der Green New Deal wird also als grünes Projekt der Modernisierung des Kapitalismus präsentiert. Doch auch ein technokratisch ausgedachter grüner Kapitalismus ist den Widersprüchen der Akkumulation nicht entzogen.

Die Konstruktion des grünen Gesellschaftsvertrags und grüne Investitionsprojekte, beides tragende Element des Green New Deal, müssen auch die Lehren aus der „Great Transformation“ zur Marktwirtschaft berücksichtigen. Der welthistorische Erfolg des Kapitalismus hat seine Wurzeln gerade darin, dass viele der für die kapitalistische Dynamik hinderlichen politischen, gesellschaftlichen, moralischen Bindungen des Wirtschaftens beiseite geräumt worden sind.

Damit sind wir bei einem *dritten* Aspekt des Green New Deal. Die „moralische Ökonomie“ musste immer wieder als Alternative zum kapitalistischen Mainstream entdeckt und durchgesetzt werden (Thompson 1980). Dies ist seit der „Great Transformation“ immer wieder geschehen: Im 19. Jahrhundert waren es Genossenschaften der Arbeiterbewegung, heute sind es Initiativen der „solidarischen Ökonomie“, die aus dem mainstream der kapitalistischen Entwicklung auszubrechen versuchen. Wie Alexander Kluge und Oskar Negt festgehalten haben: Es gibt die Geschichte der „großen Männer“ und großen Paläste, und es gibt den Eigensinn in den Hütten der Unterklassen, der sozialen Bewegungen gegen die obwal-

tenden Tendenzen. Viel zu selten setzen die Eigensinnigen sich mit grünen Ideen durch. Dominant sind die Gesetze der Kapitalakkumulation, die die Natur und auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Mitleidenschaft ziehen.

Konsumverzicht

Doch muss das sein? Wenn Wachstumsgrenzen in den Blick geraten, kann man sich mit dem tröstenden Hinweis begnügen, dass „Wohlstand ohne Wachstum“ (Jackson 2011) eine Perspektive biete, wenn nur das Publikum den „inneren Teufel des Konsums“ fortjage und so den aus dem „Konsumverhalten“ resultierenden „Wachstumszwang“ überwinde. So unter viel Beifall Tim Jackson in einem Vortrag im April 2011 in Berlin (www.vorwaerts.de/artikel/business-as-usual-geht-nicht). Er kann sich auf eine lange Tradition berufen, die der grüne New Deal irgendwie fortzusetzen beansprucht. Damit sind wir bei einem *vierten* Aspekt des Green New Deal. Wachstumskritik wird kulturkritisch in Konsumkritik transformiert. Urheber ist John Stuart Mill im frühen 19. Jahrhundert. Er wendet sich schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen den Ökonomen John Ramsay McCulloch, sozusagen seinen Zwillingbruder, weil für diesen „prosperity does not mean a large production and a good distribution of wealth, but a rapid increase of it; his test of prosperity is high profits...“ (Mill, Book IV, Chapter VI). Er argumentiert gegen Wachstumshektik, gegen einen „normal state of human beings...(in dem) the trampling, crushing, elbowing, and treading on each other’s heels, ...form the existing type of social life...“. Gegen das neue Zeitregime der Atemlosigkeit vertritt Mill ähnlich wie eineinhalb Jahrhunderte später Herman Daly (1991) die Idee einer „stationären Gesellschaft“, von der er sagt, „that a stationary condition of capital and population implies no stationary state of human improvement“ (Mill 1848 <http://socserv.mcmaster.ca/econ/ugcm/3ll3/mill/prin/book4/bk4ch06>).

Die Verankerung des Lebens im 18. und 19. Jahrhundert in landwirtschaftlichen Welten wirkt noch lange Zeit nach, Wachstum ist noch keine die ganze Gesellschaft in ihren Bann ziehende Norm, obwohl niemand einen Gedanken an mögliche Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen oder der Tragfähigkeit von Schadstoffsenken verlieren musste. Noch weiß man, dass Bäume zwar wachsen, aber nicht in den Himmel wachsen, dass Wachstum also anders als Albrecht Müller oder Ralf Fücks und Peter Sloterdijk annehmen, keineswegs auf immer und ewig fortgehen kann.

Der von manchen Wachstumskritikern verlangte „Verzicht“ beim Verbrauch von Stoffen, Energie und Fläche (vgl. z. B. Paech 2010) kann in einem kapitalistischen System jedoch konterproduktiv wirken. Durch Lohnverzicht wird zwar die Nachfrage und infolgedessen auch der Verbrauch von Stoffen und Energien gesenkt, aber gleichzeitig werden auch

die Arbeitskosten verringert. Die Profite steigen und wachstumswirksame Investitionen werden rentabel. Der Verzicht ist in einem kapitalistischen Institutionensystem kein Weg, auf dem man in die Gefilde des Degrowth oder des Nogrowth gelangt. Das Wachstum wird durch Verzicht (*ceteris paribus*) vielmehr angeregt. Es zeigt sich, dass Akkumulation und Wachstum von der Verteilung zwischen den Klassen beeinflusst werden. Also kann man nicht durch Verzicht und Null- oder Minuswachstum eine grüne Welt schaffen, wenn nicht zugleich auch die sozialen Institutionen der Kapitalakkumulation verändert werden.

Grüne Perspektiven jenseits der Kapitalakkumulation

Der Prozess der Kapitalakkumulation ist mehr als Entwicklung und Wachstum. Mehrarbeit schafft Mehrwert und mit dessen Akkumulation wird neues Kapital geschaffen; „Das ist es, was man nennt: Kapital durch Kapital erzeugen“ (MEW 23, 608). „Man“ – das ist heute vor allem die neoklassisch-neoliberale Theorie, die sich, weil Kapital autoreferentiell durch Kapital erzeugt wird, eines expansiven Kapitalbegriffs bedient. Alles ist Kapital: Geld- und Finanzinvestitionen, Humankapital, Sozialkapital, Naturkapital, selbst Emotionen werden als „emotionales Kapital“ (Illouz 2009, 350; nach Arenz/ Dreibus 2011, 30) ins Portefeuille gesteckt. Die verschiedenen Kapitalsorten können in der neoliberalen Garküche wechselseitig substituiert oder von Spekulanten zusammengemührt und dann als innovative Finanzprodukte in handelbare Portionen aufgeteilt und weltweit verkauft werden.

Finanzkapital scheint das verzehrte „Naturkapital“ ersetzen zu können, und dies wäre eine fünfte Interpretation des grünen Kapitalismus. Nach dem Finanzcrash „geht“ der Finanzinvestor in Anlagen im Rohstoffsektor oder in der Nahrungsmittelerzeugung, spekuliert mit Naturkapital wie vorher mit Finanzkapital und umgekehrt. Dass dies möglich scheint, hat auch mit einer Veränderung bei der Entstehung von Eigentumsrechten zu tun. Seit der klassischen politischen Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts wird davon ausgegangen, dass Eigentum durch Arbeit gebildet wird. Arbeit eignet Natur an und formt sie zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung um, bildet also etwas Neues – und Zusätzliches. Die Aneignung und Umformung der Natur durch Arbeit begründet seit John Locke die Kategorie des privaten Eigentums.

Im finanzgetriebenen Kapitalismus jedoch wird Eigentum nicht allein durch Arbeit gebildet, es wird vielmehr als Rechtstitel „originiert“. *Originate and distribute* bzw. *originate and sell*, lautet das Geschäftsmodell der Finanzspekulanten. Es werden Rechtstitel auf Einkommensflüsse „originiert“, also künstlich erzeugt, verbrieft und dann weltweit auf den globalen Finanzmärkten gehandelt. Denn sie garantieren einen Einkommensstrom. Daher fehlt ihnen das materielle Substrat, das Produkt der Arbeit. Trotzdem

werden mit diesen Rechtstiteln Ansprüche geltend gemacht. Eine Zeitlang hält sich die Fiktion der Werthaltigkeit der originierten „Wertpapiere“, aber dann stellt sich heraus, dass die verbrieften Ansprüche an Einkommensflüsse (Renditen) nur aus der Substanz einer Gesellschaft, durch Enteignung befriedigt werden können. Insofern ist „Akkumulation durch Enteignung“, die David Harvey zum Thema gemacht hat (Harvey 2003), eine absolute Notwendigkeit im finanzgetriebenen Kapitalismus.

Aber dieser Ausweg fiktiver Ansprüche aus originierten Eigentumsrechten in scheinbar virtueller Ökonomie schließt sich, *erstens* weil die Substanz, die enteignet werden könnte, um die Fiktion der Werthaltigkeit der verbrieften Forderungen aufrecht zu erhalten, aufgezehrt wird und *zweitens*, weil Proteste und Rebellionen dem Illusionstheater des fiktiven Kapitals ein Ende bereiten. Kapitalistisches Wachstum ist dann doch ohne Naturverbrauch nicht möglich, auch wenn dies immer wieder geleugnet oder mit dem Hinweis entschärft wird, dass das Wachstum vom Ressourcenverbrauch „entkoppelt“ werden könnte (vgl. UNEP 2011).

Solar und solidarisch jenseits von Akkumulation und Wachstum

Akteure auf Finanzmärkten werden auf möglichst hohes Wachstum der „realen Wirtschaft“ drängen, denn sonst sind die Renditen auf die in großen Massen „originierten“ und global gehandelten Wertpapiere in Frage gestellt. Auch die Gestaltung des Rahmens durch politische Akteure mit ihren divergenten und oftmals konträren Interessen ist von Belang, aber sicher nicht geeignet, Tempo und Richtung des Wachstums zu bestimmen. Tempo und Richtung des Wachstums lassen sich also nicht gebieten, sie ergeben sich aus den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, die Konjunkturen ebenso wie Krisen der Wirtschaftsentwicklung hervorbringen.

Daher ist es geraten, nicht nur das Tempo, sondern auch die Richtung von Wachstum, Entwicklung, Akkumulation rechtzeitig zu ändern, einen Pfadwechsel einzuleiten und Tempo aus dem ökonomischen Vehikel zu nehmen. Doch wie sollte die Einschränkung des Naturverbrauchs geschehen, wenn doch Wachstum in einer kapitalistischen Marktwirtschaft aus einer Vielzahl unabhängiger Investitions- und Produktionsentscheidungen, die das Angebot von Waren und Dienstleistungen bestimmen, und aus einer ebenso unüberschaubar großen Menge von Konsumentenentscheidungen resultiert und wenn es obendrein von den Akteuren auf den Finanzmärkten bestimmt wird?

Ebenso fragwürdig wie die Wachstumsbeschleunigung und die „Pro-growth-Option“ ist freilich die Nullwachstums- und Degrowth-Strategie, wenn sie nicht die Form der Akkumulation des Kapitals in Frage stellt. Eine angestrebte Entschleunigung kann zwar aus vielen ökologischen und sozialen Gründen wünschenswert oder notwendig sein. Anstrengungen

sind nötig, um den Energie- und Stoffdurchsatz zu reduzieren: in Produktion (Arbeit), Transport (Mobilität), Konsumtion (Wohnen, Nahrung etc.). Der Stoff- und Energieverbrauch muss in jeder Gesellschaft dem globalen Dargebot angepasst werden, und das heißt in den hochentwickelten und daher reichen (weil sie sehr viel Umweltraum verbrauchen) Industriegesellschaften, dass er beträchtlich reduziert werden muss. Das gebieten auch Kriterien der ökologischen Gerechtigkeit in jeder Gesellschaft und im globalen Raum.

Das ist weitgehend unstrittig, selbst die Größenordnungen sind in internationalen Vereinbarungen festgelegt. Der europäische Rat hat 2009 zur gescheiterten Klimakonferenz von Kopenhagen alle Verhandlungsparteien aufgerufen, sich das Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs um höchsten 2°C zu eigen zu machen und die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Dieses Ziel ist mehrfach bestätigt worden, ob es dadurch glaubwürdiger wird, sei dahingestellt. Seine Realisierung verlangt den sofortigen Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung und das Umsteuern in Richtung eines Systems der Energieversorgung, das auf erneuerbaren, vor allem direkt oder indirekt solaren Energien beruht. Ein solares Energiesystem wird jedoch nur funktionieren können, wenn die Ökonomie solidarisch organisiert wird, wenn also die in der institutionellen Struktur der Kapitalakkumulation verankerten Sachzwänge der Profiterzielung und des Wachstums überwunden werden.

Literatur

- Adler, Frank / Schachtschneider, Ulrich, 2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? München
- Altvater, Elmar, 2009b: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. (6. Aufl.) Münster
- Altvater, Elmar, 2010: Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster
- Arenz, Horst/ Dreibus, Werner, 2011: Leerstellen der Linken oder: Was heißt, sich breiter aufstellen? Ein Beitrag zur Strategiedebatte der Partei DIE LINKE. In: Sozialismus, Heft 5, S. 22-30
- Daly, Herman E., 1991: Steady-State Economics. Washington D.C./ Covelo
- Foster, John Bellamy, 2010: Capitalism and Degrowth- An Impossibility Theorem. In: Monthly Review, No 8, January (<http://monthlyreview.org/110101foster.php>)
- Foster, John Bellamy/ Clark, Brett/ York, Richard, 2010: The Ecological Rift – Capitalism's War on the Earth. New York
- Frankfurt, Harry G., 2005: On Bullshit. Oxford/ Princeton
- Fücks, Ralf, 2011: Das Wachstum der Grenzen. In: böll-Thema. Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, Ausgabe 2, S. 4-6
- Georgescu-Roegen, Nicholas, 1971: The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge (Mass.)/ London
- Harvey, David, 1982: The limits to capital. Chicago
- Illouz, Eva, 2009: Die Errettung der Modernen Seele. Frankfurt / M.

- Jackson, Tim, 2011: Die Droge Wachstum. Institut für Auslandsbeziehungen, Kulturaustausch-online, 1 (<http://www.ifa.de/pub/kulturaustausch/archiv/ausgaben-2011/weniger-ist-mehr/die-droge-wachstum/>)
- Jungk, Robert, 1977: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. München
- Lanius, Karl, 2010: Tipping Points-Beispiele aus Natur und Gesellschaft. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 107, S. 5-36
- Maddison, Angus, 2001: The World Economy: A Millennial Perspective. (OECD) Paris
- Marx, Karl, 1970: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, MEW 23, Berlin
- Mill, John Stuart, 1848: Principles of Political Economy. (<http://socserv.mcmaster.ca/econ/ugcm/3ll3/mill/prin/book4/index.html>)
- OECD, 2011: Towards Green Growth. (OECD) Paris
- Paech, Nico, 2010: Die Legende vom nachhaltigen Wachstum – Ein Plädoyer für den Verzicht. Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, September
- Polanyi, Karl, 1978: The Great Transformation. Frankfurt/M.
- Rockström, Johan et al., 2009: Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. Ecology and Society 14 (2) (<http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>)
- Schumpeter, Joseph A., 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern
- Sloterdijk, Peter, 2011: Wie gross ist ‚gross‘? In: böll-Thema, Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, Ausgabe 2, S. 12-16
- Thompson, Edward P., 1980: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. In: Groh, Dieter (ed.), Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt/M.; Berlin, Wien
- UNEP, 2011: United Nations Environmental Program: Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth. UNEP
- WBGU, 2011: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, (WBGU) Berlin
- Zinn, Karl Gerg, 2008: Die Keynesische Alternative. Hamburg



Respektive
– Zeitbuch für Gegenblicke
>Gewalt, Angst und Politik<
ISBN: 978-3-033-02905-7

Ernsthaft: Weil wir's nicht auf uns
sitzen lassen wollen, überhaupt, weil wir
nicht wollen. Nicht verwalten und
verwaltet werden. Darum wollen wir Politik.
In ihr verlangen wir unsern Anteil.
Ohne >Gewalt< geht da nix?

www.respektive.org